

**Vortrags des Stadtratsbüros an den Stadtrat**

**Prozessoptimierung bei Grossprojekten; Einsetzung einer nichtständigen Kommission: Antrag Fraktion FDP (Bernhard Eicher)**

**1 Ausgangslage**

Die FDP-Fraktion hat am 2. Juli 2015 einen Antrag zur Einsetzung einer nichtständigen Kommission eingereicht. Bildung und Wahl von nichtständigen Kommissionen richten sich nach den Bestimmungen von Artikel 71 Absatz 3 und Artikel 76 der Gemeindeordnung der Stadt Bern (GO) sowie Artikel 26 des Stadtratsreglements (GRSR). Demnach kann der Stadtrat für die Prüfung, Beratung oder Untersuchung eines bestimmten Geschäfts eine nichtständige Kommission einsetzen. Er entscheidet über die Grösse der Kommission, erteilt ihr einen Auftrag und wählt das Präsidium und die Mitglieder für die Dauer des betreffenden Auftrags.

**2 Antrag Fraktion FDP**

Die FDP-Fraktion beantragt dem Stadtrat, eine nichtständige Kommission einzusetzen mit dem Ziel, konkrete Verbesserungsvorschläge zur Prozessgestaltung bei Grossprojekten zu erarbeiten. Hintergrund der Forderung ist das gescheiterte Projekt Tram Region Bern (TRB), das von zwei der drei beteiligten Gemeinden in der Volksabstimmung vom 28. September 2014 abgelehnt wurde. Damit anstehende Grossprojekte wie beispielsweise der Umbau Bahnhof Bern möglichst kostengünstig geplant und mehrheitsfähig ausgestaltet werden können, sollen Planung und Umsetzung des Grossprojekts TRB untersucht und Empfehlungen formuliert werden, wie künftig Fehleinschätzungen vermieden und der Umsetzungsprozess verbessert werden können. Für die ausführliche Begründung wird auf den Antrag vom 2. Juli 2015 verwiesen (siehe Beilage).

**3 Kommissionsauftrag**

Gemäss Antrag soll die vorgesehene nichtständige Kommission das Projekt TRB vertieft prüfen. Sie soll insbesondere klären, welche Kritikpunkte bezüglich Prozess (Mitwirkung, Planung, Verfahren) vorgebracht wurden und wie die Umsetzung von Grossprojekten in anderen Städten und in privaten Unternehmen organisiert ist. Auf dieser Grundlage sind Handlungsempfehlungen an die zuständigen Gremien zu formulieren, die dem Stadtrat, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit zusammen mit den Ergebnissen der Untersuchung zur Kenntnis zu bringen sind. Details zum Auftrag der Kommission können ebenfalls dem Antrag entnommen werden.

Bern, 18. September 2015

Das Büro des Stadtrats

Beilage:

Antrag Fraktion FDP.Die Liberalen vom 2. Juli 2015